



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

1989: ZWANZIG JAHRE DANACH

- ANALYSE
Das Jahr 1989 – nach 20 Jahren: die öffentliche Meinung und der politische Streit
Andrzej Paczkowski, Warschau 2
 - DOKUMENTATION
Tadeusz Mazowiecki über den Runden Tisch
Wir hatten ein Alarmsignal im Kopf: Vorsichtig! 3
 - TABELLEN UND GRAFIKEN
Ansichten der Polen zum Jahr 1989 6
-
- CHRONIK
Von 16. Juni bis zum 06. Juli 2009 11

*Die nächste Nummer erscheint nach der Sommerpause am Dienstag, dem 1. September 2009.
Die Redaktion wünscht ihren Lesern eine erholsame Sommerzeit.*

Analyse

Das Jahr 1989 – nach 20 Jahren: die öffentliche Meinung und der politische Streit

Andrzej Paczkowski, Warschau

Der seit vielen Monaten andauernde Streit um die Art und Weise und den Ort der Feierlichkeiten zum 20. Jahrestag des Falls des Kommunismus in Polen hat sich in einen regelrechten Krach an der politischen Spitze ausgeweitet. Die Meinungsumfragen zeigen allerdings, dass die große Aufregung der Politiker und der Medien von keinem größeren Engagement der Bevölkerung begleitet wurde. Nach Umfragen vom November 2008 wurde der »Sturz des Kommunismus« zwar als wichtigstes Ereignis in der Geschichte Polens der letzten 100 Jahre bezeichnet (24 %) und sogar 40 % bewerteten die Verhandlungen am Runden Tisch als das bahnbrechende Ereignis für den Niedergang des Kommunismus, aber ein Großteil der Polen zeigt sich demgegenüber reserviert: Um die 31 % gaben »Gleichgültigkeit« als Einstellung gegenüber dem Runden Tisch an, und die Bewertung »schwer zu sagen«, die 16 % nannten, ist ebenfalls als Ausdruck von Gleichgültigkeit zu werten. Sogar unter denjenigen, die sich als Anhänger der Parteien *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) und *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*) bezeichneten, brachte jeweils ein Drittel seine Distanz zum Ausdruck – unter den politisch Passiven waren 60 % »gleichgültig« oder hatten keine Meinung. Man kann also sagen, dass die Kontroversen um die Ereignisse von 1989 eindeutig mehr die Eliten bewegen als den Durchschnittsbürger.

Diese Kontroversen waren ein weiteres Fragment eines »Bürgerkriegs«, den die Politiker aus dem *Solidarność*-Lager seit Mitte der 1990er Jahre offen führen, als es zu dem von Wałęsa ausgerufenen berüchtigten »Krieg an der Spitze« kam. Im Laufe der Zeit kam es zwar zu zahlreichen Verschiebungen – sei es programmatischer oder personeller Art – aber der Streit dauert bis heute an. Ab 1993, als die Postkommunisten zum ersten Mal im demokratischen Polen die Parlamentswahlen gewannen, war der »Krieg« weniger sichtbar und rücksichtslos. Er entflammte aber im Jahr 2005 erneut mit ganzer Kraft, als die Postkommunisten in den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen geschlagen wurden. Die Ereignisse des Jahres 1989 und vor allem der Runde Tisch wurden zu einem der Schlachtfelder, obwohl es auch viele andere und sogar wichtigere gab.

Stark verallgemeinernd kann man sagen, dass *PiS* den Versuch unternahm, den Runden Tisch zu diskreditie-

ren, indem sie darauf hinwirkte, die bisherigen Systemregeln und den politischen Kanon in Frage zu stellen, die die III. Republik ausmachten, – wobei der Runde Tisch den Umfragen nach ja von einem Großteil der Bevölkerung als Gründungsakt des demokratischen und unabhängigen Polen betrachtet wird (vgl. Grafiken S. 7). Die Delegitimierung des Runden Tisches sollte helfen, die IV. Republik zu begründen, und die Aktivitäten auf diesem Feld wären sicherlich noch energischer vorangetrieben worden, wenn nicht der »zweiköpfige« *PiS*-Führer, d. h. die Brüder Jarosław (Ministerpräsident) und Lech (Staatspräsident) Kaczyński und in besonderem Maße dabei Lech Kaczyński, selbst Teilnehmer der damaligen Verhandlungen gewesen wären. Für die *PO* wiederum war vor allem die III. Republik als solche ein Wert, und deren Wurzeln in Gestalt des Runden Tisches behandelte sie als weniger wichtige Angelegenheit, zumal keiner ihrer Führungsköpfe bei jenen Verhandlungen persönlich engagiert gewesen war.

Zur Zeit des 10. Jahrestages der Ereignisse von 1989, als der Postkommunist Aleksander Kwaśniewski Staatspräsident war und die linksliberale *Freiheitsunion* (*Unia Wolności – UW*) und die führende Tageszeitung »Gazeta Wyborcza« in hohem Maße den Ton der öffentlichen Debatte angaben, wurde der Runde Tisch als »Held« gehandelt. Im Jahr 2009, nach der Niederlage der Postkommunisten und dem Verschwinden der *UW*, war die »Gazeta Wyborcza« allein nicht imstande, den Terminkalender und die Tagesordnung der Feierlichkeiten zu bestimmen. Inzwischen haben die beiden sich bis aufs Messer bekämpfenden Parteien *PiS* und *PO* einen gemeinsamen Nenner gefunden: Beide Seiten betrachten nun nicht mehr die Verhandlungen am Runden Tisch als das entscheidende Ereignis, das den Aufbau eines demokratischen und souveränen Polen begründete, sondern vielmehr den Moment, als die Gesellschaft ein dabei ausgehandeltes Instrument ausprobieren konnte, d. h. die halbfreien Wahlen, die am 4. Juni 1989 stattfanden. Aus größerer Distanz betrachtet ist diese Verschiebung charakteristischer für die Sicht auf die jüngere Vergangenheit als der laufende Kampf darum, wer der Hauptgastgeber der Feierlichkeiten sein soll – der Ministerpräsident oder der Staatspräsident – und damit über die Gästeliste und den Ort der Veranstaltung entscheiden darf. Indem der Schwerpunkt auf die Wahlen verlegt wurde, wurde

hervorgehoben, dass wichtiger als die damalige politische Verständigung («Übereinkunft der Eliten») die Stimmabgabe für die Kandidaten der Solidarność war. Zwar wäre die Wahl ohne die vorangegangene Übereinkunft nicht möglich gewesen, aber die Wahlergebnisse entschieden letztlich über eine Änderung des Tempos und des Rahmens, in dem die Systemreformen stattfinden sollten, im Vergleich zu dem, was am Runden Tisch festgelegt worden war. Indem die Wahlen als Wendepunkt anerkannt wurden, wurden gleichzeitig die Postkommunisten der Möglichkeit beraubt mitzufeiern. So sehr sie sich auch rühmen könnten, an den erfolgreichen Verhandlungen teilgenommen zu haben, so niederschmetternd war doch ihre Niederlage bei den Wahlen. Ein möglicher Grund,

stolz zu sein, wäre wohl nur die Tatsache, dass General Jaruzelski trotz der Wahlniederlage kein zweites Mal den Kriegszustand angeordnet hat.

Vielleicht hat der Konflikt um die diesjährigen Feierlichkeiten gerade aufgrund der Ähnlichkeit der Sicht beider Konfliktparteien auf die Ereignisse vor 20 Jahren an Schärfe gewonnen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass auch alle kommenden Jahrestage, einschließlich des Beginns des Zweiten Weltkriegs vor 70 Jahren, zum Streitobjekt werden. Allerdings ist nicht nur in Polen die Vergangenheit, insbesondere die jüngere, Gegenstand von Konflikten und Instrument politischer Auseinandersetzungen.

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Über den Autor:

Prof. Dr. Andrzej Paczkowski (1938); Historiker, Professor am Institut für Politische Studien der Polnischen Akademie der Wissenschaften und am Collegium Civitas, Warschau.

Dokumentation

Tadeusz Mazowiecki über den Runden Tisch Wir hatten ein Alarmsignal im Kopf: Vorsichtig!

Gazeta Wyborcza: Wann kam nach dem Kriegsrecht das erste Mal die Idee des Runden Tisches auf?

Die ersten Jahre nach der Ausrufung des Kriegszustands herrschte dunkle Nacht. Die erste Andeutung eines Dialogs kam vielleicht 1987 auf, in einer Rede von General Jaruzelski. Es kam dann zu Gesprächen mit Józef Czyrek, mit Prof. Andrzej Stelmachowski und Andrzej Wielowieyski über ein mögliches Treffen zwischen dem Staatsapparat, von ihm abhängigen Organisationen und unabhängigen Personen. Von der Teilnahme der Solidarność und Wałęsas war keine Rede. Danach kam es im Mai 1988 zu Streiks. In Nowa Huta wurde er aufgelöst, aber auf der Danziger Werft nicht. Ich war dort, und der Streik machte auf mich einen großen Eindruck. Das war schon die neue Generation, junge Arbeiter, aber sie griffen den Ruf »Es gibt keine Freiheit ohne Solidarność« auf. Wir dachten, dass es gelingen würde, die Solidarność auf Betriebsebene wiederherzustellen, wir sprachen mit dem Direktor der Werft. Der Rechtsanwalt Siła-Nowicki sprach dann mit Kiszczak. Die Werft erhielt keine Zustimmung. Als wir aus dem Streik herausgingen, hatten die Arbeiter Tränen in den Augen. Aber es war sichtbar, dass die Angelegenheit der Solidarność lebendig war. Danach kamen die August-Streiks, und Ende August kam die Einladung von Kiszczak an Wałęsa. Das war die erste Anerkennung Wałęsas, der vorher nur eine »Privatperson« war. Die Bedingung für Gespräche war die Beendigung des Streiks, und so haben wir es gemacht. Es kommt zu den ersten Gesprächen [am 31. August und 15. September, GW]. Aber dann löst Ministerpräsident Rakowski die Danziger Werft auf und es gibt einen Rückzieher. Es ist nicht klar, was die Staatsführung will. Auf ihrer Seite war offensichtlich, dass Gorbatschow in der UdSSR ihnen die Möglichkeit zu manövrieren gibt, die es früher nicht gab, aber ihre Annäherung an die Gesellschaft fand immer noch ohne die Berücksichtigung der Solidarność statt.

Wie gingen Sie in die Gespräche? Wie weit reichte die Vorstellungskraft?

Wir wussten, dass Jalta bindend ist. Aber wir wussten auch, dass wir uns verständigen müssen. Die Wiederzulassung der Solidarność war für uns eine grundlegende Angelegenheit. Wir wussten, dass das dauern kann und dass Hindernisse auftreten werden. Unter uns, auf der sogenannten gesellschaftlichen Seite, bestanden keine wesentlichen Diffe-

renzen, vielleicht mit Ausnahme von Gruppen wie KPN [Konfederacja Polski Niepodległej – Konföderation des Unabhängigen Polen, Anm. d. Übers.] oder Solidarność Walcząca [Kämpfende Solidarność, Anm. d. Übers.]. Ich war noch während der Internierung überzeugt, dass, wenn sich etwas im Land ändern soll, wir nicht hinter 1980 zurückgehen dürfen. Die Gewerkschaften waren das schwächste Glied im System. Wir hatten ein Alarmsignal im Kopf: Vorsichtig! Wir würden uns verkaufen, wenn wir die Solidarność im Stich lassen würden.

Und was war mit der Teilnahme der »Extremen«, Michniks und Kurons KOR [Komitet Obrony Robotników – Komitee zur Verteidigung der Arbeiter, Anm. d. Übers.]? Die Kirche wollte sie früher nicht, sie schätzte sie als gefährlich ein.

Die Kirche hat ihr Verhältnis zu ihnen geändert, aber fragen Sie mich nicht, mit welcher Mine.

[..]

Und warum hat Wałęsa auf ihrer Teilnahme beharrt? Weil sie für ihn wichtig waren oder weil »Kiszczak mir nicht die Delegation zusammenstellen wird«?

Sowohl damit Kiszczak nichts zusammenstellen wird als auch deshalb, weil sie etwas repräsentiert haben. Im Pfarrhaus in Wilanów stritten wir uns zwei Tage lang darüber, wie die Solidarność ins Kommuniqué aufnehmen. Die Staatsmacht stimmte nicht einmal einer einseitigen Erklärung zu, dass das Thema Solidarność von Wałęsa und Mazowiecki eingebracht wurde. Sie hatte Angst vor ihrer Basis, für die eine Rückkehr der Solidarność inakzeptabel war. Es war erfolglos.

Wie kam man aus der Sackgasse raus?

Es fand u. a. eine Fernsehdebatte zwischen Wałęsa und Miodowicz [am 30.11.1988, Anm. d. Übers.] statt. Im Dezember kam es zur Rückkehr zu den Gesprächen und zur Zustimmung, im Bereich der Gewerkschaften Pluralismus wiederzuzulassen. Allerdings wollte die Staatsführung in Magdalenska immer noch nicht öffentlich von der Solidarność sprechen, bevor das Plenum des Zentralkomitees der PZPR [Polska Zjednoczona Partia Robotnicza – Polnische Vereinigte Arbeiterpartei, Anm. d. Übers.] tagte, wo über die Teilnahme am Runden Tisch entschieden werden sollte.

Wurde auf dem Plenum im Januar 1989 die Zustimmung zur Solidarność gegeben?

Ja, dieses Plenum entschied das »ob«, nicht das »wie«, aber wir befürchteten, dass das »wie« das »ob« zunichtemacht. Wir hatten Angst vor unannehmbaren Bedingungen, vor komplizierten Registrierungsprozeduren. Wir erinnerten uns noch an die Krise bei der Registrierung der ersten Solidarność 1980. Wir hatten auch Angst vor dem politischen Preis, wenn wir in den Orbit der Macht gezogen werden. Ciosek sprach damals von den Präsidentschaftswahlen. Ich fragte: »Und wer soll Präsident sein?« Ciosek sagte, Jaruzelski. Ich sagte, dass wir unseren Kandidaten hätten. Ciosek: »Und wer ist das?« Ich: »Wałęsa«, und Ciosek hat sich das notiert. Aber das war alles noch völlig abstrakt. Ciosek sprach auch vom Senat, aber der sollte irgendein meinungsbildendes Organ sein. Wir haben die Diskussion darüber nicht aufgenommen.

Was schien Ihnen möglich, erkämpft zu werden, als Sie am Runden Tisch teilnahmen?

Wir nahmen wegen der Solidarność teil. Wir befürchteten, dass Händel stattfinden würden, aber die Staatsmacht ließ schnell nach. Das Gewicht verlagerte sich an den »politischen Tisch«, den Geremek vorbereitet hatte. Ich befürchtete, dass die kommunistische Führung uns aussaugen würde. Die Wende trat ein, als Kwaśniewski freie Senatswahlen erwähnte. Bei solch einem Senat konnte man den Beschränkungen im Sejm zustimmen. Außerdem drängten wir ihnen einen »Tisch der Selbstverwaltung« auf und die Wiederzulassung des NZS [Niezależne Zrzeszenie Studentów – Unabhängiger Studentenverband, Anm. d. Übers.]. Wir erkämpften eine Tageszeitung vor den Wahlen [die Wahlzeitung = Gazeta Wyborcza, Anm. d. Übers.]. Insgesamt erreichten wir viel mehr, als wir erwartet hatten. Während der Beratungen sagte Kwaśniewski: »Bisher wusste ich, wie man Macht erlangt, jetzt sehe ich, wie man sie verliert.« Aber damals war ich nicht der Ansicht, dass er maßgeblich für das Lager der Staatsmacht war. Vielleicht war das ein Ausbrecher, der nicht mit Kiszczak abgesprochen war.

Das heißt, Sie haben sie überlistet?



Dort fand ein echter Dialog statt. Wir haben mehr errungen, aber die Gefahr, ausgesaugt zu werden, blieb nach dem Runden Tisch bestehen. Allerdings wurde der Tisch vom Leben übersprungen. Niemand hatte erwartet, dass die Landesliste des Staatsapparats bei den Wahlen untergehen würde oder dass wir 99 Sitze [von 100, Anm. d. Übers.] im Senat erhalten würden. Ich trat gegen den Artikel von Michnik »Euer Staatspräsident, unser Ministerpräsident« an, denn ich war der Meinung, dass das über den Runden Tisch hinausgeht.

Warum war der Runde Tisch erfolgreich?

Beide Seiten zeigten sich entschlossen und beide spielten auf Risiko. Aber wenn man sich schon zu Gesprächen hinsetzt, muss auch etwas dabei herauskommen. Wissen Sie, es war unglaublich wichtig, dass in diesen Gesprächen nicht ein einziges Mal die Rede vom Ausgangspunkt, von der Vergangenheit war, obgleich es beiden Seiten schwerfiel, sich dazu zu überwinden. Sie hatten nicht erwartet, dass wir uns zurückhalten und wir hatten nicht erwartet, dass sie sich für den Kriegszustand entschuldigen. Wir hielten ihnen nicht vor, dass sie Frasyniuk in der Zelle verprügelt hatten und sie uns nicht, dass wir Extremisten und Anarchisten seien. Wir wussten, dass das damals nicht zu klären war. Aber es war klar, dass man etwas mit Polen machen müsse. Jeder bewahrte seine Wahrheit und seine Identität. Es war fast merkwürdig, dass wir uns an einen Tisch zusammensetzten, aber nicht deshalb, um über das zu diskutieren, was uns voneinander unterschied, sondern über das, was uns verbinden könnte. Man musste darüber sprechen, wie man aus der Pattsituation herauskommen und gleichzeitig seine historische Wahrheit bewahren kann. Als ich dann Ministerpräsident und General Jaruzelski Staatspräsident geworden war, wollte er viele Male darauf zurückkommen. Er sagte: »Sie waren interniert und zwar durch mich.« Aber ich unterbrach ihn: »Herr Staatspräsident, lassen wir das, bleiben wir bei unseren Auffassungen.«

Und heute? Denken Sie nicht, wenn Jaruzelskis Kriegszustand nicht gewesen wäre, hätte es viel schlimmer enden können?

Allerdings. Das denke ich.

- Józef Czyrek, PZPR-Aktivist, 1980–1982 Außenminister, Mitglied des Politbüros des ZK der Polska Zjednoczona Partia Robotnicza (PZPR) (1981–1989).
- Prof. Andrzej Stelmachowski, 1980 Berater der Streikenden auf der Danziger Werft. 1982–1988 vermittelte er in Gesprächen zwischen der Staatsführung und der Opposition. Teilnehmer des Runden Tisches. 1989 wurde er Senatsmarschall, 1991–1992 Bildungsminister.
- Andrzej Wielowieyski, Aktivist des Warschauer Klub Inteligencji Katolickiej (KIK), Berater der Solidarność, Teilnehmer des Runden Tisches, Senator des Obywatelski Klub Parlamentarny (OKP), Abgeordneter der Unia Wolności (UW).
- Władysław Siła-Nowicki, Mitglied der Armia Krajowa (AK), nach dem Zweiten Weltkrieg für Aktivitäten bei Wolność i Niezawisłość (WiN) zum Tode verurteilt, geändert in lebenslange Haft. Verteidiger in Prozessen des Komitet Obrony Robotników (KOR), Konfederacja Polski Niepodległej (KPN) und Solidarność, Teilnehmer des Runden Tisches, 1992–1993 Richter des Staatstribunals. Starb 1994.
- Mieczysław Rakowski, langjähriger Herausgeber der Zeitung »Polityka«, letzter Ministerpräsident der Volksrepublik Polen, letzter Parteiführer der PZPR, die er 1990 auflöste. Starb 2008.
- Alfred Miodowicz, PZPR-Aktivist, 1986–1989 im Politbüro des ZK der PZPR, Chef der offiziellen Gewerkschaften Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (OPZZ), Teilnehmer des Runden Tisches.
- Stanisław Ciosek, PZPR-Aktivist, 1982–1985 Gewerkschaftsminister, 1986–1989 Mitglied des Politbüros des ZK der PZPR, Mitorganisator des Runden Tisches, 1989–1996 Botschafter der Republik Polen in der UdSSR und in Russland.
- Władysław Frasyniuk, einer der wichtigsten Aktivisten der Solidarność, ging während des Kriegszustands in den Untergrund, festgenommen und inhaftiert. Nahm an den Verhandlungen am Runden Tisch teil. Abgeordneter, 2001–2005 Vorsitzender der UW.

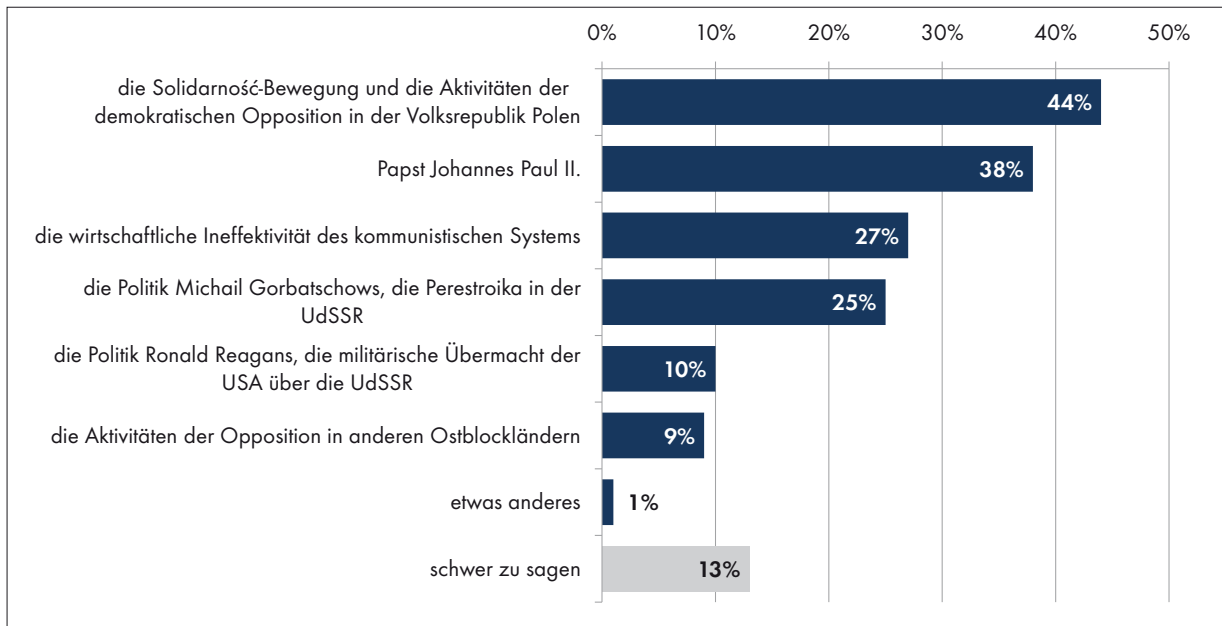
Quelle: Gazeta Wyborcza vom 6. Februar 2009 mit freundlicher Genehmigung

Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate

Tabellen und Grafiken

Ansichten der Polen zum Jahr 1989

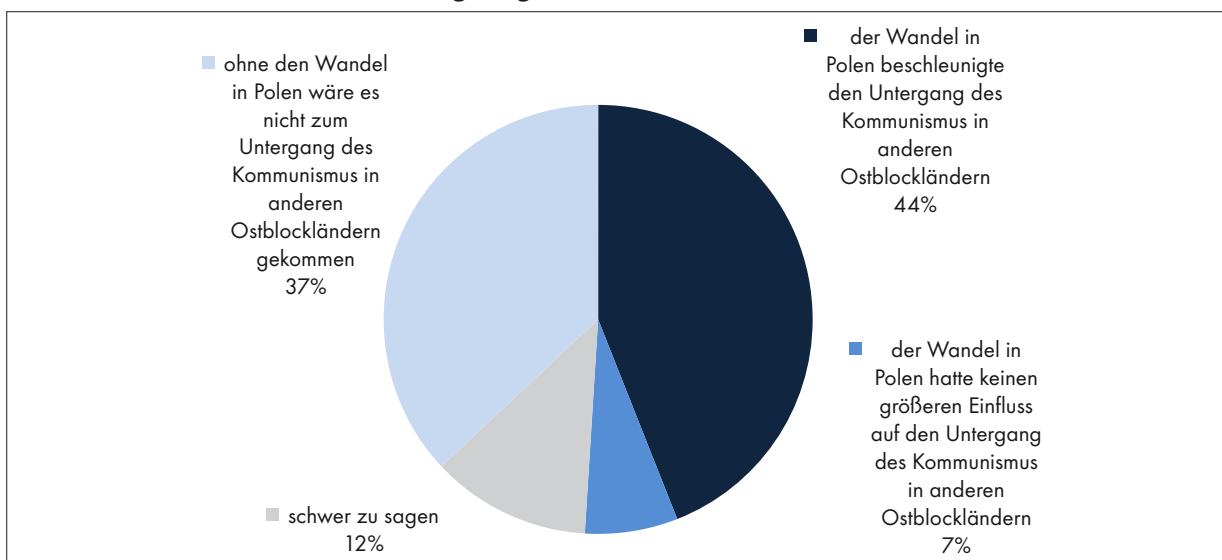
Wer oder was trug am meisten zum Untergang des kommunistischen Systems in der UdSSR und den ehemaligen Ostblockländern bei?



Anm.: Die Befragten konnten aus der vorgegebenen Liste die zwei wichtigsten Ursachen bestimmen, daher ergibt die Summe der Antworten mehr als 100 %.

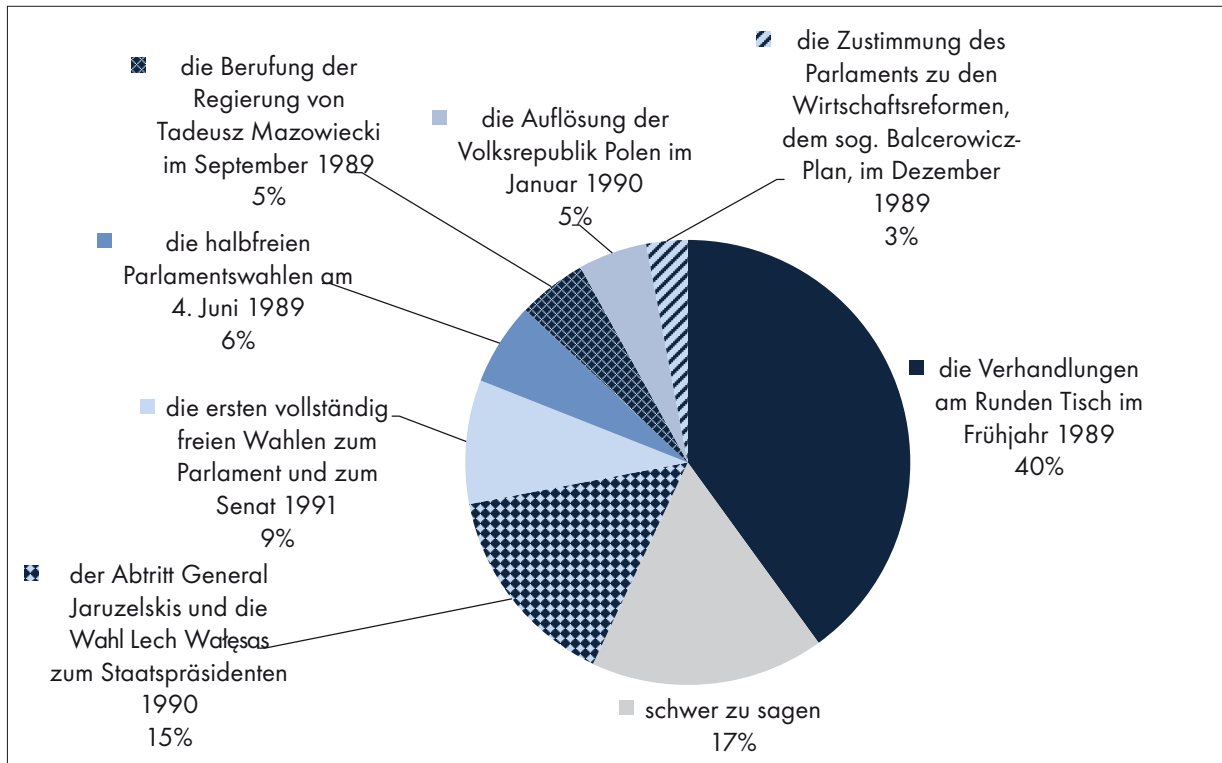
Quelle: CBOS, BS 21/2009: O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian [Über den Untergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Wandels]. Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Haben die Ereignisse, die 1989 in Polen stattfanden, auch zum Untergang des Kommunismus in anderen Ländern des Ostblocks beigetragen?



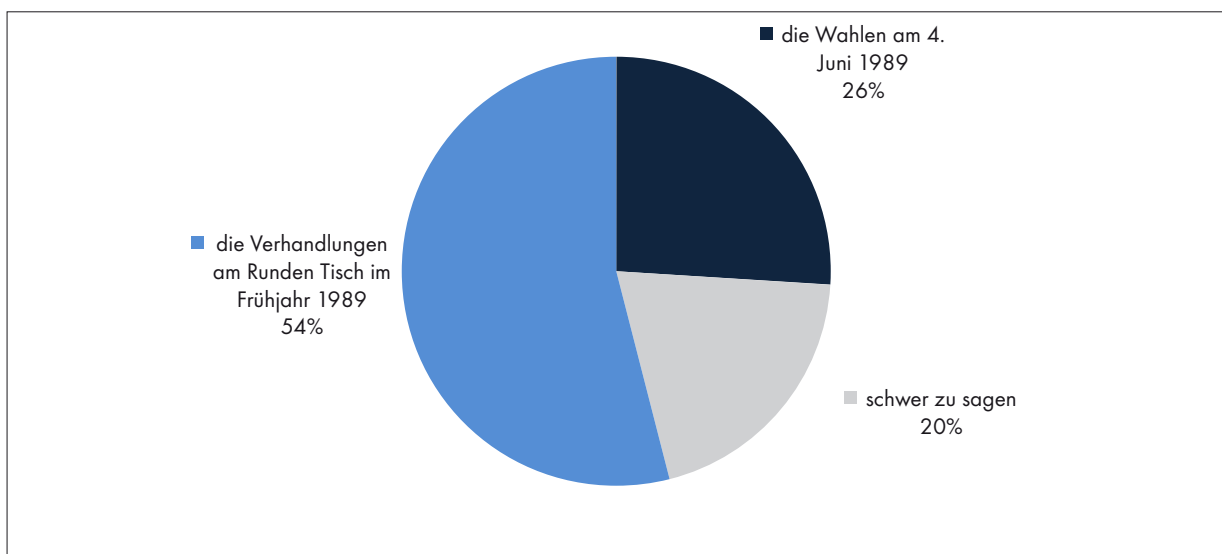
Quelle: CBOS, BS 21/2009: O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian [Über den Untergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Wandels]. Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Welches Ereignis symbolisierte das Ende der Volkrepublik Polen und des kommunistischen Systems in Polen?



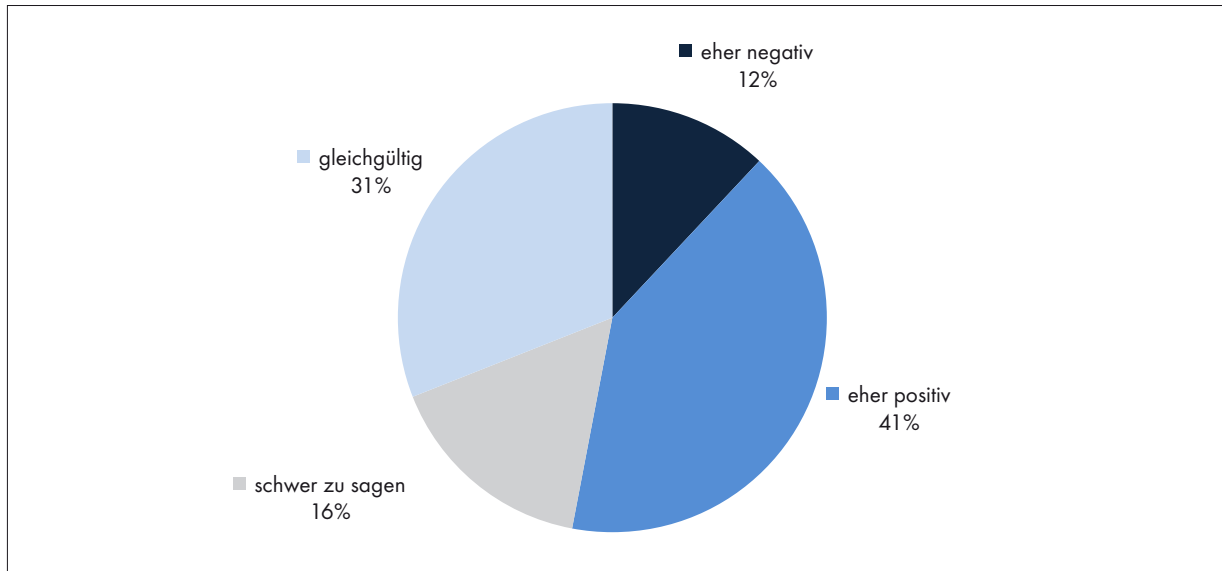
Quelle: CBOS, BS 21/2009: *O upadku komunizmu i głównych aktorach przemian [Über den Untergang des Kommunismus und die Hauptakteure des Wandels]*. Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Was war das ausschlaggebende Ereignis für den Systemwechsel in Polen?



Quelle: CBOS, BS/80/2009: *Wybory z 4 czerwca 1989 z perspektywy dwudziestu lat [Die Wahlen vom 4. Juni 1989 20 Jahre später]*. Warszawa, 05/2009, www.cbos.pl

Wie ist heute Ihre Einstellung zu den Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden?



Quelle: CBOS, BS/17/2009: Dwudziesta rocznica obrad Okrągłego Stołu [Der 20. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch]. Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Wie ist heute Ihre Einstellung zu den Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden? (%)

Wie ist heute Ihre Einstellung zu den Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden?	Haben Sie sich vor 1989 als Gegner des Systems der Volkrepublik Polen betrachtet?			
	ja	nein	schwer zu sagen	trifft nicht zu*
eher positiv	56 %	39 %	44 %	31 %
gleichgültig	23 %	32 %	34 %	34 %
eher negativ	17 %	13 %	10 %	7 %
schwer zu sagen	4 %	16 %	12 %	28 %

* Die Befragten waren noch zu jung bzw. noch nicht geboren.

Quelle: CBOS, BS/17/2009: Dwudziesta rocznica obrad Okrągłego Stołu [Der 20. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch]. Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Wie ist heute Ihre Einstellung zu den Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden?
(%)

potenzielle Wählerschaft von	negativ	gleichgültig	positiv	schwer zu sagen
PiS	25 %	21 %	42 %	12 %
SLD	16 %	25 %	59 %	0 %
PO	7 %	20 %	59 %	14 %
PSL*	3 %	22 %	56 %	19 %
unentschieden	10 %	33 %	36 %	21 %
beabsichtigt nicht, wählen zu gehen	11 %	39 %	30 %	20 %

* Diese Daten sollten aufgrund der geringen Anzahl der potenziellen Wähler unter den Befragten mit Vorbehalt interpretiert werden.

PiS – Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

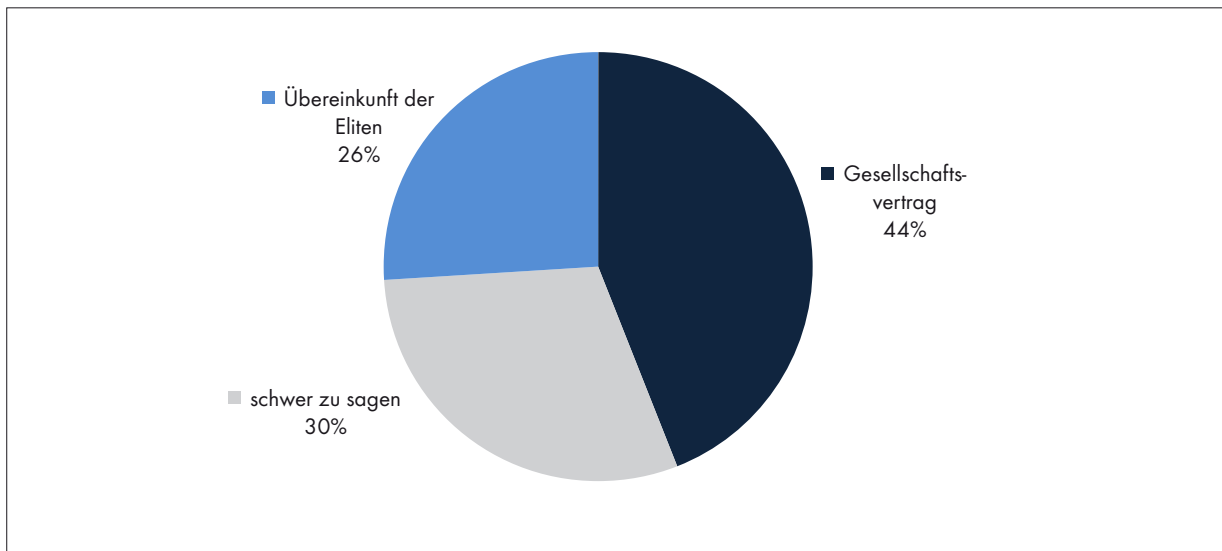
SLD – Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz

PO – Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

PSL – Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei

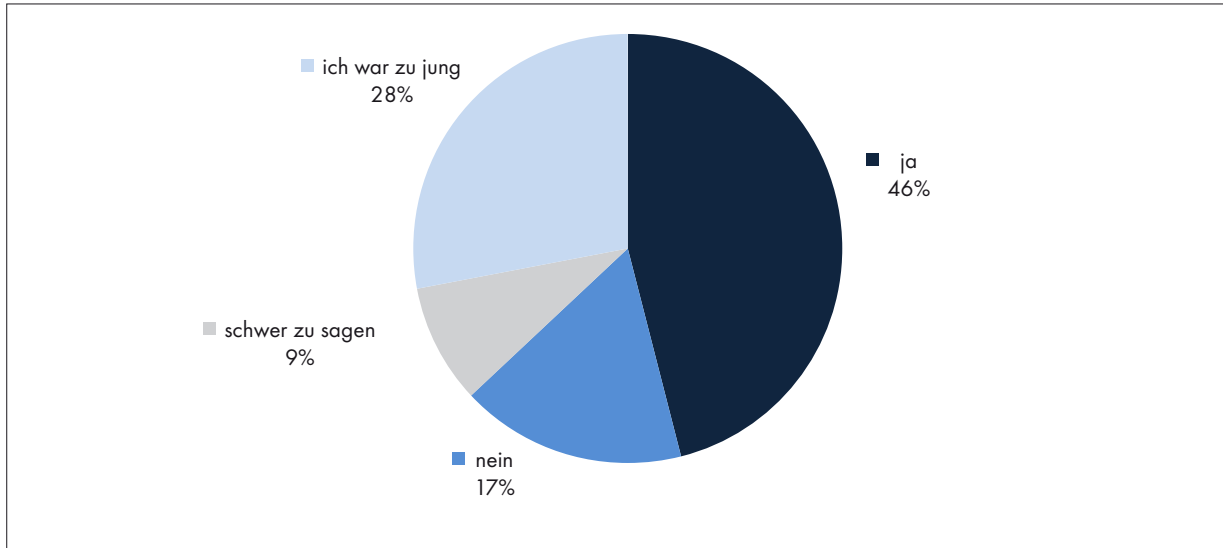
Quelle: CBOS, BS/17/2009: Dwudziesta rocznica obrad Okrągłego Stołu [Der 20. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch].
Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Wie würden Sie die Vereinbarungen, die am Runden Tisch getroffen wurden, bezeichnen?



Quelle: CBOS, BS/17/2009: Dwudziesta rocznica obrad Okrągłego Stołu [Der 20. Jahrestag der Verhandlungen am Runden Tisch].
Warszawa, 02/2009, www.cbos.pl

Haben Sie an den Sejm- und Senatswahlen am 4. Juni 1989 teilgenommen?



Quelle: CBOS, BS/80/2009: Wybory z 4 czerwca 1989 z perspektywy dwudziestu lat [Die Wahlen vom 4. Juni 1989 20 Jahre später]. Warszawa, 05/2009, www.cbos.pl

Chronik
Von 16. Juni bis zum 06. Juli 2009

16.06.2009	Der Parteichef der Demokratischen Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD), Grzegorz Napieralski, wird zum Fraktionsvorsitzenden der SLD gewählt, nachdem der bisherige Vorsitzende Wojciech Olejniczak ein Mandat im Europaparlament erhalten hat. Olejniczak kritisiert die Doppelfunktion Napieralskis.
17.06.2009	Ministerpräsident Donald Tusk stellt den Strategiebericht »Polska 2030« vor, der als überparteiliches Projekt verstanden werden und als Grundlage für eine Debatte zur Verbesserung der Lebensqualität in Polen dienen soll. Zu den Vorschlägen gehören der Beitritt Polens zur Eurozone, das Anwachsen der Volkswirtschaft um durchschnittlich 5 %, die Erhöhung des Beschäftigungsanteils in der Bevölkerung von derzeit 60 % auf 75 %, die Angleichung des Renteneintrittsalters von Frauen und Männern auf 67 Jahre, die Erhöhung der Ausgaben für Infrastruktur und die Halbierung des CO ₂ -Ausstoßes durch den Bau von zwei Atomkraftwerken.
17.06.2009	Sejmmarschall Bronisław Komorowski und Bundestagspräsident Norbert Lammert enthüllen am Berliner Reichstag ein Fragment der Mauer der ehemaligen Leninwerft in Danzig, das den wesentlichen Beitrag der Gewerkschaft Solidarność zum Untergang des Kommunismus in Europa und der Wiedervereinigung Deutschlands versinnbildlicht. Vorher fand eine gemeinsame Sitzung der Präsidien des Bundestags und des Sejm statt, auf der Fragen der Energiepolitik und eines deutsch-polnischen Geschichtsbuches diskutiert wurden.
18.06.2009	Staatspräsident Lech Kaczyński und Ministerpräsident Donald Tusk fahren zum EU-Gipfel nach Brüssel. Beide zeigen sich zuversichtlich, dass der ehemalige Ministerpräsident (1997-2001) Jerzy Buzek gute Chancen hat, für das Amt des Vorsitzenden des Europäischen Parlaments zu kandidieren.
19.06.2009	Beim Mitteleuropagipfel in Novi Sad (Serbien) betont Staatspräsident Lech Kaczyński, dass die Energiepolitik ein Garant für stabile Energielieferungen sein müsse und nicht politisch eingesetzt werden dürfe. Des Weiteren weist er auf die Notwendigkeit hin, in Sachen Klimaschutz solidarisch zusammenzustehen. Jedes Land habe ein Recht auf Entwicklung, auch wenn seine Wirtschaftskraft, wie in Polen, auf dem Energieträger Kohle beruhe.
21.06.2009	Janusz Lewandowski, der für die Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) ins Europäische Parlament gewählt worden und Kandidat für den Posten eines EU-Kommissars ist, teilt mit, dass sich Polen um das Amt des EU-Kommissars für Binnenmarkt und Dienstleistungen bemühe. Das Amt des Kommissars für Unternehmen und Industrie, das Ministerpräsident Donald Tusk bisher genannt hatte, sei zweite Wahl.
22.06.2009	Der Parteivorsitzende von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), Jarosław Kaczyński, teilt auf einer Pressekonferenz in Warschau mit, dass die Ziele der neuen Fraktion im Europäischen Parlament, der Europäischen Konservativen und Reformen, u. a. die Respektierung der staatlichen Souveränität der EU-Mitglieder, der Kampf gegen die Bürokratie in der EU und die Gleichheit aller EU-Mitglieder seien. Die Bildung der Fraktion, deren Mehrheit von Abgeordneten der britischen Konservativen, der PiS und der tschechischen ODS gestellt wird, sei vor allem ein Erfolg der PiS-Abgeordneten im Europäischen Parlament, Adam Bielan und Michał Kamiński.
23.06.2009	Finanzminister Jacek Rostowski teilt mit, dass die Regierung beabsichtigt, das Haushaltsdefizit um 9 Mrd. Zloty zu erhöhen. Insgesamt werde das Defizit in diesem Jahr 27 Mrd. Zloty betragen.
24.06.2009	Die Europäische Kommission leitet ein Defizitverfahren gegen Polen ein, da das Defizit im polnischen Staatshaushalt mehr als 3 % beträgt. Der Fahrplan der polnischen Regierung, den Euro 2012 einzuführen, werde derzeit aktualisiert, so der stellvertretende Finanzminister Ludwik Kotecki.
24.06.2009	Regierungssprecher Paweł Graś teilt mit, dass Gespräche mit dem Finanzminister stattfinden, um eine Lösung für die Begleichung der ausstehenden Zahlungen des Außenministeriums an den Europarat zu finden. Diese sei insbesondere deshalb wichtig, weil Polen mit Włodzimierz Cimoszewicz einen Kandidaten für das Amt des Generalsekretärs des Europarats stellen werde.
25.06.2009	Der Sejm lehnt den von der Fraktion von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) eingebrachten Antrag auf ein Misstrauensvotum gegen Finanzminister Jacek Rostowski ab. Die Opposition wirft Rostowski Inkompetenz und eine zu optimistische Einschätzung der Lage angesichts der Wirtschafts- und Finanzkrise vor.
26.06.2009	Angesichts des andauernden Hochwassers in Südpolen stellen die Regierung und der Staatspräsident finanzielle Unterstützung für die Region in Aussicht.
27.06.2009	Senatsmarschall Bogdan Borusewicz kritisiert die vom Sejm beschlossene Verfassungsänderung, die Vorbestraften die Kandidatur für das Parlament verbietet, als nicht ausreichend. Für diese Änderung hätte nur die Wahlordnung geändert werden müssen. Darüber hinaus berücksichtige die Änderung nicht den Fall des strafrechtlichen Urteils gegen amtierende Parlamentarier. Um die Verfassungsänderung in Kraft treten zu lassen, muss sie der Senat mit absoluter Mehrheit unterstützen.

29.06.2009	Auf einem Treffen mit den Botschaftern der EU-Länder in Polen bekräftigt Staatspräsident Lech Kaczyński, dass er den EU-Reformvertrag von Lissabon durch seine Unterschrift ratifizieren werde, wenn ihn Irland in einem Referendum akzeptieren und das Bundesverfassungsgericht ihn bestätigen werde. Diese beiden Länder hätten in dieser Angelegenheit derzeit die Schlüsselfunktion.
30.06.2009	In Warschau werden in Anwesenheit des Ministers für Kultur und nationales Erbe, Vertretern der Stadt und Vertretern jüdischer Institutionen und Organisationen die Bauarbeiten für das Museum der Geschichte der Polnischen Juden (Muzeum Historii Żydów Polskich) begonnen.
01.07.2009	In einem Brief an Staatspräsident Lech Kaczyński kritisiert der Bürgerrechtsbeauftragte Janusz Kochanowski die vom Sejm verabschiedete Novelle des Mediengesetzes und äußert die Hoffnung, dass der Staatspräsident sein Veto einlegen bzw. das Gesetz an das Verfassungsgericht weiterleiten werde. Nach Einschätzung Kochanowskis könne die Unabhängigkeit der öffentlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten gefährdet werden, da ihre Finanzierung nicht sicher sei, weil sie in den Händen von Regierung und Parlament liege.
02.07.2009	Nach einem Treffen mit seinem serbischen Amtskollegen Vuk Jeremic in Warschau teilt Außenminister Radosław Sikorski mit, Polen teile die Haltung Serbiens in der Frage des Kosovo nicht, unterstütze Belgrad aber in seinen europäischen Ambitionen.
02.07.2009	Der ehemalige Außenminister und Mitbegründer der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), Andrzej Olechowski, tritt aus der PO aus. In einem Brief an Ministerpräsident Donald Tusk (PO) kritisiert Olechowski, dass sich die PO zu stark an der Macht orientiere und von ihren bürgerschaftlichen Idealen weit abgewichen sei.
03.07.2009	Der Aufsichtsrat des Polnischen Fernsehens (Telewizja Polska – TVP) wählt den TVP-Vorsitzenden Piotr Farfał ab. Dieser war u. a. wegen seiner früheren neonazistischen Aktivitäten in die Kritik geraten. Interimsleiter wird Sławomir Siwek. Farfał kündigt an, die Entscheidung gerichtlich überprüfen zu lassen.
04.07.2009	Ministerpräsident Donald Tusk kündigt an, er wolle mit der Opposition und dem Staatspräsidenten über Möglichkeiten von Steuererhöhungen im nächsten Jahr sprechen. Da jede Variante schmerzhaft sei, müsse zur Umsetzung ein möglichst breiter Konsens erzielt werden.
06.07.2009	Die Zeitung »Rzeczpospolita« meldet, dass sich die regierende Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) gegen vorgezogene Parlamentswahlen im Jahr 2011 ausspricht. Hintergrund ist die Übernahme der EU-Ratspräsidentschaft durch Polen im Juli 2011, in deren Zeit der Wahlkampf für die Sejmwahlen im Herbst 2011 und die Regierungsbildung fallen.

Über die Polen-Analysen

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Bremer Forschungsstelle Osteuropa und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Deutsches Polen-Institut Darmstadt

Das Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations-, und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Das seit März 1980 aktive und bis 1997 von Gründungsdirektor Karl Dedecius geleitete Institut ist eine Gemeinschaftsgründung der Stadt Darmstadt, der Länder Hessen und Rheinland-Pfalz sowie des Bundes. Seit 1987 ist die Trägerschaft auf die Kultusminister der Länder ausgedehnt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Das DPI hat satzungsgemäß die Aufgabe, durch seine Arbeit zur Vertiefung der gegenseitigen Kenntnisse des kulturellen, geistigen und gesellschaftlichen Lebens von Polen und Deutschen beizutragen.

Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft und, wesentlich stärker ausgeprägt als bisher, um das Hineinwirken in Wissenschaft, Forschung und Bildung.

Derzeit bemüht sich das DPI in Kooperation mit den verstreuten Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten verstärkt darum, ausgehend von einer Bestandsaufnahme deutscher Polen-Forschung Ort wissenschaftlicher Forschung und verbindendes, vernetzendes und kooperierendes Zentrum zu werden. Ausgangspunkt der Neuausrichtung ist die kaum mehr kontrollierbare Dynamik des Rückbaus der Ressourcen der wissenschaftlichen Polen-Kompetenz in den unterschiedlichen Disziplinen. Mit der über 55.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen mit einer einzigartigen Sammlung polnischer Literatur in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung ist das DPI bereits ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens. (www.deutsches-polen-institut.de)

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen kulturellen und gesellschaftlichen Entwicklungen der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Neben ausführlicher individueller Forschung zu Dissens und Gesellschaft im Sozialismus, leitet die Forschungsstelle seit Januar 2007 ein gemeinsames Projekt mit einem Verbund von internationalen Forschungsinstituten zum Thema »Das andere Osteuropa – die 1960er bis 1980er Jahre, Dissens in Politik und Gesellschaft, Alternativen in der Kultur. Beiträge zu einer vergleichenden Zeitgeschichte«, welches von der VolkswagenStiftung finanziert wird.

Im Bereich der post-sozialistischen Gesellschaften sind in den letzten Jahren umfangreiche Forschungsprojekte durchgeführt worden, deren Schwerpunkte auf politischen Entscheidungsprozessen, Wirtschaftskultur und der EU-Osterweiterung lagen. Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste mit fast 15.000 Abonnenten in Politik, Wirtschaft und den Medien.

Mit ihrer in Deutschland einzigartigen Sammlung von Publikationen zu Osteuropa ist die Forschungsstelle eine Anlaufstelle sowohl für Wissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit. In der Bibliothek sind derzeit neben anderen breit angelegten Beständen allein aus Polen ca. 300 laufende Periodika zugänglich. Die Bestände werden in Datenbanken systematisch erfasst. (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (Darmstadt), Silke Plate, M.A. (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

ISSN 1863-9712 © 2009 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Mathildenhöhweg 2,

D-64287 Darmstadt, Tel.: 06151/4985-13, Fax: 06151/4985-10, E-Mail: polen-analysen@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen